Zum Kongreß werktätiger Frauen

Arbeiterinnen! Reiht euch ein in die rote Klassenfront!

Erobert die Frauenmassen für den Kommunismus!

„Mit Rücksicht auf diese rückständigen Elemente mußten wir die Wahlen festsetzen und den Massen durch das Beispiel, durch die Tatsache zeigen, daß diese Konstituante, die gewählt wurde, als die allgemeine Not am größten war, die Erwartungen und Forderungen der ausgebeuteten Klassen nicht zum Ausdruck brachte. Auf diese Weise wurde der Konflikt zwischen der Staatsmacht der Sowjets und der Staatsmacht der Bourgeoisie vollkommen klar . . ."

In diesen Worten Lenins wird zum Ausdruck gebracht, daß die Massen selbst sich an den Beispielen überzeugen müssen von der Richtigkeit unserer Auffassung. Die Massen selbst müssen die Erfahrungen machen, daß das Parlament ihnen nichts bringt, daß in diesem Apparat der Bourgeoisie stets das direkte Gegenteil von dem beschlossen wird, was gegen die Massennot erforderlich ist.

Unsere Aufgabe im Wahlkampf ist es, diese Erkenntnis besonders auch den werktätigen Frauen, die über wenig politische Erfahrungen verfügen, zu vermitteln und ihnen plausibel zu machen, daß sie mitkämpfen müssen in der revolutionären Klassenfront gegen das kapitalistische System. Die Frauen sind in den Betrieben zu einer gewaltigen Armee angewachsen und gewinnen angesichts der durch die reformistische Tarifpolitik schändlich niedrigen Löhne eine außerordentliche Bedeutung im Existenzkampf des Proletariats.

Welch riesige Profite die Bourgeoisie aus der Beschäftigung dieser billigsten Arbeitssklaven schindet, ergibt sich aus der Aufstellung der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen in allen Berufszweigen, außer der Landwirtschaft. In der sächsischen Industrie, im Handel usw. waren in Betrieben mit über 5 Arbeitern beschäftigte Arbeiterinnen:

Insgesamt 388 551, davon über 16 Jahre 368 003.

Hiervon entfallen: 1) nach Kreishauptmannschaften, 2) über 16 Jahre, 3) Gesamtzahl der Arbeiter:

	1)	2)	3)
Bautzen	38 584	37 679	103 192
Chemnitz	107 819	99 903	283 942
Dresden	80 457	78 074	279 773
Leipzig	79 767	75 755	269 055
Zwickau	81 924	76 623	201 516

Davon sind Arbeiterinnen beschäftigt: 1) nach Industriegruppen, 2) von insgesamt beschäftigten Arbeitern:

	1)	2)
Textilindustrie	199 982	322 546
Bekleidungsindustrie . . .	41 365	59 573
Nahrungs- und Genußmittel	26 205	52 729
Metallwaren	18 589	66 181
Papier und Vervielfältigung	33 513	89 843

Zu diesem Heer von Arbeiterinnen kommen noch an weiblichen Angestellten

77 677 von insgesamt 222 785 Angestellten.

Es ist in den letzten 40 Jahren eine Steigerung der Arbeiterzahl

von 321 629 auf 1 137 478 und der Arbeiterinnen
von 94 045 auf 388 551 zu verzeichnen.

Daraus ist ersichtlich: Das Wachstumtempo des weiblichen Proletariats ist größer als das des männlichen. Dabei ist noch nicht einmal in Rechnung gestellt das Heer der 84 929 weiblichen Heimarbeiterinnen.

Diese wenigen Zahlen beweisen die Bedeutung der weiblichen Lohnsklaven für den Klassenkampf, die unter den erbärmlichen Bedingungen ein unmenschliches Dasein fristen. Offensichtlich ist, daß das Proletariat alle Anstrengungen machen muß, diese Arbeiterinnen, Angestellten und Heimarbeiterinnen einzureihen in die revolutionäre Front des Kampfes gegen die kapitalistische Sklaverei. Die Kampflosungen: „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Siebenstundentag und 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Verteidigung der Sowjetunion, Sturz des Kapitalismus und Kampf für die Sowjetmacht in Deutschland" müssen auch diese Arbeiterinnen zu aktivem Kampfe gegen die kapitalistische Sklaverei anspornen.

Die letzten Kämpfe bewiesen, daß die Arbeiterinnen bei Streiks und Demonstrationen immer stärker in den Vordergrund treten. Dieses Erwachen der Frauen zum Klassenbewußtsein und zum Kampf um ihre Forderungen zu beschleunigen, sie organisatorisch in die revolutionäre Front einzureihen, das ist unsere Aufgabe, die in diesem Wahlkampf mit erfüllt werden muß.

Frauen denkt daran:

Block Bünger-Killinger kämpfte gegen werktätige Frauen

50prozentige Kürzung der Schwangerenbeihilfe — Kommunisten forderten Erhöhung der Staatsbeihilfe für Schwangere

Die Regierung Bünger-Killinger gab am 1. März 1930 eine Anweisung heraus, nach der die Staatsbeihilfe für Schwangere auf die Hälfte herabgesetzt wird. Die Regierung, das muß immer wieder betont werden, setzte sich zusammen aus den Vertretern der bürgerlichen Parteien und wurde unterstützt durch die nationalsozialistische Fraktion, die die Arbeiterfrauen anlügt, daß sie gegen das Elend des Volkes kämpfen wollen.

In der Landtagssitzung vom 4. März begründete Genossin Nischwitz folgenden kommunistischen Antrag:

„Aus der Tagespresse ist ersichtlich, daß das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium an den Landesverband der Krankenkassen Sachsens Anweisungen gegeben hat, nach denen die Staatsbeihilfe für Schwangere vom 1. Februar 1930 um die Hälfte gekürzt worden ist.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. die Einschränkung der Staatsbeihilfe für Schwangere sofort rückgängig zu machen;
2. darüber hinaus eine Staatsbeihilfe für Schwangere nicht nur während der 7. und 8. Woche vor der Niederkunft zu gewähren, sondern auf die Dauer von acht Wochen in der Höhe von 2 RM täglich unter Nichtanrechnung des Krankengeldes zu leisten;
3. die erforderlichen Mittel sofort zur Verfügung zu stellen."

Die Genossin Nischwitz sagte bei der Begründung des Antrages u. a.:

„Die Arbeiterinnen, die bisher glaubten, daß ihre Interessen im Parlament gewahrt werden, werden von ihren Illusionen geheilt sein, wenn sie den Gang der Verhandlungen verfolgen, wie die Regierung die Beschlüsse des Landtags durchführt hat hinsichtlich des Ausbaues der Frauenklinik in Chemnitz und des Neubaues der Frauenklinik in Plauen. Trotz des erschütternden Materials, das dem Landtag vorliegt, trotz wiederholter Aktionen im Landtag ist bis heute nichts getan worden. Wir haben schon immer von dieser Stelle aus gesagt und sagen es heute wieder:

Der kapitalistische Staat hat kein Verständnis für die Nöte der proletarischen Mütter, er schwingt nur die

Geißel der Zuchthausparagraphen

der Abtreibungsparagraphen, der die Frauen zwingt, Kinder, die sie nicht ernähren können, zur Welt zu bringen, trotz aller Verelendung. Tausende von Arbeiterinnen werden durch die Klassenjustiz wie gemeine Verbrecher abgeurteilt und ins Zuchthaus geschickt. Aber das weibliche Proletariat erwacht . . . . und erkennt, wo der Feind steht. Diese Erkenntnis hat zur Folge, *daß sie sich einreihen in die Kampffront der revolutionären Arbeiterschaft, wo sie nicht nur für ihre speziellen Forderungen kämpfen* werden, sondern für die Forderungen der gesamten Arbeiterschaft, wo sie kämpfen werden um Wöchnerinnenheime und Kinderheime, wo sie fordern, zwei Monate vor und nach der Niederkunft Befreiung von der Arbeit bei vollem Lohn. Sie werden für diese Forderungen kämpfen und werden den Kampf führen um einen proletarischen Staat, in dem diese Fragen endgültig gelöst sind."

„Linke" SPD-Führer wollen:

„Arbeiterinnen aus den Betrieben" bringen

Frau Thümmel (SPD) sagte im Sächsischen Landtag:

„Der kapitalistische Arbeitsmarkt nimmt gern die Frauen und Mädchen auf, aus verschiedenen Gründen: Weil sie billiger arbeiten, weil sie sehr oft die Arbeit nicht als Beruf (!) auffassen, sondern als vorübergehende Erscheinung, und weil sie deshalb weniger geneigt (!) sind, für ihre materielle Lage zu kämpfen. Andernfalls treiben die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr Frauen und Mädchen in diesen industriellen Arbeitsprozeß hinein. Es ist bekannt, daß die Frauenerwerbsarbeit ständig steigt und daß nach der letzten Berufszählung der Anteil der Frauen an der industriellen Arbeit, und besonders der verheirateten Frauen, zugenommen hat. An dieser Tatsache kann weder der Arzt, noch der Sozialpolitiker, noch irgend ein denkender Mensch vorübergehen, der weiß, daß Volkskraft und Frauengesundheit eng miteinander verbunden sind. Aber wir wollen nicht ein Verbot der Frauenarbeit, ganz abgesehen davon, ob ein solches Verbot durchzuführen wäre. Die Frau kann den Verdienst nicht entbehren, ohne sich der Not auszusetzen."

Fritz Kummer hat bekanntlich in einem Artikel der „Metallarbeiterzeitung" offen gefordert, daß die Frauen aus dem Betrieb entlassen werden, und in „Metallarbeiterzeitung" Nr. 20 wird daraufhin von einem Betriebsrat ebenso wie von Frau Thümmel erklärt:

„Es kommt nun aber noch hinzu — und das ist das Traurigste an diesem ganzen Kapitel — nämlich, daß viele Frauen, verheiratete Frauen, Erwerb suchen, ohne daß sie die Not dazu zwingt."

Und am Schluß des Artikels sagt dieser sozialdemokratische Betriebsrat:

„Ich stehe dafür, daß man ein Gesetz schafft, das die Fabrikarbeit einer Frau, die ihren Ernährer (!) hat, verbietet, das verlangt die Wohlfahrt der Familie wie die der Menschheit."

Diese Ausführungen der Sozialdemokraten zu der Erwerbstätigkeit der Frauen sind von allergrößter Bedeutung insofern, als daraus ganz klar hervorgeht,

sie wollen die Sklaverei der Frau verewigen

Sie sind dagegen, daß die Frau im Betrieb arbeitet, d. h. sie wollen, daß die Frau der Sklave des Mannes ist, sich am Waschfaß abplagt, dem Mann die Wohnung und die Stiefel putzt, sie wollen die Frau zu derselben unwürdigen Rolle herabdrücken, aus der die proletarischen Frauenmassen jetzt mit elementarer Gewalt herausdrängen. Auffallend ist, daß die Sozialdemokraten immer wieder betonen, eine große Anzahl der Frauen ginge „nicht aus Not" arbeiten, sondern sie betrachten die Erwerbsarbeit als vorübergehende Erscheinung; der von uns zitierte Betriebsrat erklärt sogar, daß die Frauen danach streben, durch ihre Berufsarbeit sich einen Kramladen u. dergl. zu schaffen.

Auch ein anderer Gesichtspunkt charakterisiert die feindliche Einstellung der Sozialdemokratie zu der proletarischen Frau. Wenn der Frau die Arbeit im Hause, am Kochtopf als ihr „Beruf" zugewiesen wird, dann hat der Reichsarbeitsminister recht, der erklärt, daß die Frau keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung hat, weil sie ihren Beruf beim Manne ausübt.

Was bedeutet das alles? Es bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Krise des kapitalistischen Systems auf die Arbeitermassen abzuwälzen und durch die Vertreibung der proletarischen Frau aus dem Betrieb, durch Entzug der Erwerbslosenunterstützung — weil sie „ihren Beruf beim Mann" ausübt — die Notlage in den Arbeitervierteln zu verschärfen.

Aus diesen Tatsachen geht ganz klar hervor, daß die proletarische Frau sich einreihen muß in die Kampffront des revolutionären Proletariats. Die Delegierten auf den Konferenzen der werktätigen Frauen müssen alles daransetzen, die Frauenmassen von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes zu überzeugen und sie zum Kampf zu mobilisieren.

Auch deine Kollegin muß es wissen!

Die Kämpferin

ist euer Organ im Kampf um Arbeit und Brot!

Sie erscheint monatlich 2mal

Faschisten fordern:

Zuchthaus für Arbeiterfrauen!

Die Nationalsozialisten beantragten, das Republikschutzgesetz zu ändern. Der Wortlaut des § 5 in ihrem Antrag ist:

„Wer es unternimmt, die

natürliche Fruchtbarkeit

des deutschen Volkes zum Schaden der Nation

künstlich zu hemmen,

oder in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert, oder wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats

mit Zuchthaus bestraft."

Sie wollen also jede Arbeiterin, die sich gegen die Geburt von Kindern wehrt, noch schärfer verfolgen, als es jetzt geschieht. Sie wollen jeden ins Zuchthaus bringen, der auch nur über die Verhütung der Empfängnis schreibt oder spricht. Sie wollen, daß den Ausbeutern jährlich ein Riesenheer von Arbeitssklaven neu zugeführt werden und die Frauen, die sich angesichts der ungeheuren Qualen, die mit der Geburt von Kindern heute verbunden sind, in den Kerker werfen.

Diesen schamlosen Knechten des Finanzkapitals, die sich zynisch über die Not der Frauenmassen hinwegsetzen, müssen die proletarischen Frauen mit Entschiedenheit entgegentreten. *Die Hitlerbanditen sind gefährliche Feinde des Proletariats und der proletarischen Frau. Das müssen alle Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen wissen. Denn nur dann sind sie in der Lage, mitzukämpfen gegen die faschistische Pest, die uns und den Frauen ungeheure Verschärfung des Elends bringen soll.*

Wichtige Frauenbroschüren:

Not und Kampf der Arbeiterin. Preis 10 Pfg.
Die arbeitende Frau und der Fünfjahresplan. Preis 10 Pfg.
Frauen, kämpft für den Frieden. Preis 10 Pfg.
Abtreibung oder Verhütung? Preis 10 Pfg.
Lenin ruft die werktätigen Frauen. Preis 30 Pfg.
Maria Reese: Das wahre Gesicht der SPD. Preis 20 Pfg.

Die Sowjetunion hilft der Frau

Dem Zentrosojusbericht der Sowjetgenossenschaften entnehmen wir:

„Eine große Arbeit wird auf dem Gebiete der Eröffnung von Kindergärten und Krippen, von ärztlichen Konsultationen, öffentlichen Waschanstalten usw. durchgeführt. Es wäre verfrüht, jetzt schon die Ergebnisse dieser Arbeit zu summieren, einige Beispiele wollen wir jedoch anführen: Der Gebietsverband der Konsumgenossenschaften an der unteren Wolga beabsichtigt in der nächsten Zeit 54 Kindergärten, 10 Kinderkrippen, 10 ärztliche Konsultationen zu eröffnen und bewilligte zu diesem Zwecke 165 000 Rubel. Das gleiche ist in den anderen Gebietsverbänden der Fall. Im Jahre 1929/30 sollen für diese Zwecke nicht weniger als 2,5 Millionen Rubel ausgegeben werden."

Tagesordnung

für die Konferenzen werktätiger Frauen

1. Hungerangriff des Finanzkapitals, Lohnabbau, Steuerraub und Zollwucher. — Die drohende Kriegsgefahr und die arbeitenden Frauen.
2. Diskussion und Berichte aus den Betrieben.
3. Wahl eines Frauenkomitees zur Vorbereitung des Reichskongresses werktätiger Frauen.